Leistungsvertrag 2024–2027

zwischen der

**Höheren Fachschule für Technik
Mittelland AG**

und dem

Kanton Solothurn

Inhaltsverzeichnis

1	Vertragsparteien	4
2	Vertragsgegenstand	4
3	Rechtliche Grundlagen.....	4
4	Geltungsdauer.....	5
5	Aufhebung des Leistungsvertrags.....	5
5.1	Ursachen.....	5
5.2	Pflichten der Vertragspartner.....	5
6	Anpassungen	5
7	Regelung der Leistungserbringung	6
7.1	Bildungsgänge der höheren Fachschule	6
7.1.1	Vollzeitstudiengänge.....	6
7.1.2	Teilzeitstudiengänge	6
7.1.3	Bezeichnung der Bildungsgänge.....	6
7.2	Zusatzangebote	6
7.3	Standortbezogene Dienstleistungen (Mensa und Bibliothek)	6
7.4	Qualitätsmanagement.....	7
7.4.1	Zielsetzung.....	7
7.4.2	Grundsätze und Verantwortlichkeiten	7
7.4.3	Kantonale Ansprechpersonen	7
7.5	Sozial-, Gender- und Umweltverantwortung	7
8	Infrastruktur	8
8.1	Gebäude.....	8
8.2	Informatik	8
8.2.1	Betrieb der Informatik.....	8
8.2.2	Datensicherheit und Datenschutz	8
8.3	Anlagen / Geräte und Mobiliar	8
8.3.1	Abschreibungen.....	8
8.3.2	Ersatz- und Neuanschaffungen	8
8.4	Vergabe von Aufträgen.....	9
9	Finanzen	9
9.1	Geschäftsjahr.....	9
9.2	Finanzierungsbeitrag der Kantone	9
9.2.1	Jährlicher Pauschalbeitrag.....	9
9.2.2	Berechnung des kantonalen Pauschalbeitrags	9

9.2.3	Verwendung der kantonalen Beiträge	10
9.2.4	Stichtage zur Auszahlung des kantonalen Beitrags	10
9.3	Grundsätze zur Rechnungslegung	10
9.3.1	Anforderungen	10
9.3.2	Revision und Einsicht	10
9.3.3	Reserven und Rückstellungen.....	10
9.4	Hinweise zu Ertragspositionen	11
9.4.1	Studiengebühren	11
9.4.2	Beiträge gemäss der Interkantonalen Vereinbarung über die höheren Fachschulen (HFSV)	11
9.4.3	Verrechnung von Zusatzangeboten.....	11
9.4.4	Verkaufserlöse	12
9.4.5	Sponsoringbeiträge	12
9.5	Hinweise zu Aufwandpositionen	12
9.5.1	Mehrwertsteuer	12
9.5.2	Abschreibungen.....	12
9.6	Investitionen	12
9.7	Berichterstattung.....	13
10	Datum und Unterschrift.....	13

1 Vertragsparteien

Höhere Fachschule für Technik Mittelland AG (HFTM AG)

Sportstrasse 2
2540 Grenchen

vertreten durch Erwin Fischer, Verwaltungsratspräsident
und
Michael Benker, Direktor

nachstehend Schule

und **Kanton Solothurn
Departement für Bildung und Kultur (DBK)**

Kreuzackerstrasse 1
Postfach
4502 Solothurn

vertreten durch Dr. Remo Ankli, Departementsvorsteher

nachstehend DBK

Die nachfolgenden Ausführungen im Leistungsvertrag gelten unter dem Vorbehalt, dass auch der Kanton Bern als Partnerkanton einen inhaltlich identischen Leistungsvertrag mit der HFTM AG unterzeichnet.

2 Vertragsgegenstand

Der Leistungsvertrag dient dem Ziel, die Angebote zu definieren sowie bei der Auftragerfüllung die angestrebten Wirkungen und Leistungen qualitäts- und kostenbewusst zu erreichen.

3 Rechtliche Grundlagen

Der Leistungsvertrag stützt sich insbesondere auf

- die Interkantonale Vereinbarung zwischen dem Kanton Bern und dem Kanton Solothurn betreffend Höhere Fachschule für Technik Mittelland (HFTM-AG) vom 18. Januar bzw. 2. Juli 2012,
- den Übertragungsvertrag vom xx zwischen dem Regierungsrat des Kantons Solothurn und der HFTM AG und
- § 25 Absatz 3 und 4 des Gesetzes über die Berufsbildung vom 3. September 2008 (GBB; BGS 416.111).

Weitere rechtliche Grundlagen:

- Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG) vom 13. Dezember 2002 (SR 412.10).

- Verordnung über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung, BBV) vom 19. November 2003 (SR 412.101).
- Verordnung des WBF über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (MiVo-HF) vom 11. September 2017 (SR 412.101.61).
- Richtlinien der Geschäftsstelle HFSV zum Vollzug der Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV) vom 22. März 2012.
- Gesetz über die Berufsbildung (GBB) vom 3. September 2008 (BGS 416.111).
- Verordnung über die Berufsbildung (VBB) vom 11. November 2008 (BGS 416.112).
- Leitfaden „Aufsicht und Rechtsmittelweg bei höheren Fachschulen“, hrsg. vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI).
- Leitfaden „Anerkennungsverfahren für Bildungsgänge und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen“, hrsg. vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI).

4 Geltungsdauer

Der vorliegende Leistungsvertrag tritt am 1. Januar 2024 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2027.

5 Aufhebung des Leistungsvertrags

5.1 Ursachen

Der Leistungsvertrag wird hinfällig, falls der Übertragungsvertrag aufgehoben wird oder die Aktiengesellschaft die Bilanz deponieren muss.

Das DBK kann den Leistungsvertrag auf Ende eines Kalenderjahrs mit einer Frist von einem Jahr auflösen oder ändern, wenn insbesondere

- die gesetzlichen Grundlagen ändern,
- die Einhaltung der bundesrechtlichen Vorschriften nicht mehr gewährleistet ist oder
- das Ergebnis der Qualitätsprüfung wiederholt negativ ausfällt.

5.2 Pflichten der Vertragspartner

Die Aufhebung des Leistungsvertrags ist mit allen involvierten Parteien (insbesondere mit dem Partnerkanton) vorgängig abzustimmen.

6 Anpassungen

Im gegenseitigen Einvernehmen kann dieser Leistungsvertrag geändert werden. Änderungen werden schriftlich als Nachtrag zum Leistungsvertrag festgehalten. Die Änderungen sind vor Inkrafttreten mit dem Partnerkanton abzustimmen.

7 Regelung der Leistungserbringung

7.1 Bildungsgänge der höheren Fachschule

7.1.1 Vollzeitstudiengänge

Am Standort Biel werden alle Vollzeitstudiengänge angeboten. Dazu gehören die nachfolgenden Angebote:

Bildungsgang HF	Anerkennung
Maschinenbau	07.01.2014
Systemtechnik	07.01.2014

7.1.2 Teilzeitstudiengänge

Am Standort Grenchen werden alle Teilzeitstudiengänge angeboten. Dazu gehören die nachfolgenden Angebote:

Bildungsgang HF	Anerkennung
Elektrotechnik	20.11.2018
Informatik	27.11.2018
Maschinenbau	13.11.2018
Prozesstechnik	13.11.2018
Gebäudeautomation	geplant, AKV ab 2024
Energie- und Umwelttechnik	geplant, AKV ab 2025

7.1.3 Bezeichnung der Bildungsgänge

Die Bezeichnung der Bildungsgänge richtet sich nach den jeweiligen Rahmenlehrplänen für Bildungsgänge der höheren Fachschulen.

7.2 Zusatzangebote

Der Schule steht es frei, neben dem im Leistungsvertrag bezeichneten Angebot zusätzliche Leistungen (u.a. Produktionsleistungen, Firmenkurse, Weiterbildungsangebote, Nachdiplomstudien) anzubieten.

Die Zusatzleistungen werden vom Kanton nicht subventioniert. Sie sind in der Rechnung separat auszuweisen.

7.3 Standortbezogene Dienstleistungen (Mensa und Bibliothek)

Bis zum Umzug in den neuen Campus Technik in Grenchen wird der Betrieb der Mensa durch das Berufsbildungszentrum (BBZ) geregelt. Die Nutzung ist in den Mietkosten enthalten.

Für die Nutzung der Bibliothek gilt die Regelung analog derjenigen zur Nutzung der Mensa.

7.4 Qualitätsmanagement

7.4.1 Zielsetzung

Die Schule überprüft die Qualität der Leistungserbringung. Dazu gehört die Identifikation von Entwicklungsschritten im Sinne eines kontinuierlichen Prozesses zur Qualitätsentwicklung. Die Schule verfügt über ein Qualitätsmanagementsystem, das den Rahmenvorgaben des Bundes entspricht.

7.4.2 Grundsätze und Verantwortlichkeiten

Die Schule ist für Evaluierung und Entwicklung der Qualität selbst verantwortlich. Das Qualitätsmanagementsystem kann frei gewählt werden. Dieses muss jedoch mindestens die folgenden Elemente beinhalten:

Strategie	– Strategie der Schulentwicklung mit entsprechenden Zielsetzungen.– Periodische Überprüfung und Aktualisierung der Zielsetzungen.
Organisationsstruktur	– Organigramm, inkl. Regelung der Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der einzelnen Stellen.– Regelung der Führung der Mitarbeitenden (u. a. Durchführung von Mitarbeitendengesprächen).
QM-Konzept	– Regelung des Vorgehens und der Indikatoren zur Beurteilung der Qualität basierend auf den Bedürfnissen der Arbeitswelt, den Vorgaben des Bundes und der Kantone sowie den eigenen Ansprüchen.– Periodische Überprüfung der Zielerreichung und Initialisierung von Massnahmen zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der Qualität in Absprache mit den Standortkantonen.

Die Schule gewährt den zuständigen Stellen der beiden Kantone jährlich Einblick in die Umsetzung des Qualitätsmanagementsystems.

Falls Fremdevaluationen (u. a. Metaevaluation) durch die zuständigen Stellen des Kantons angeordnet werden, sind diese durch den Kanton zu finanzieren. Die Schule ist frei, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Aufträge für Fremdevaluation selbst zu vergeben.

7.4.3 Kantonale Ansprechpersonen

Der Schule stehen die zuständigen kantonalen Ansprechpersonen als beratende Unterstützung im Rahmen der Leistungserbringung zur Verfügung.

7.5 Sozial-, Gender- und Umweltverantwortung

Bei der Erfüllung des Bildungsauftrags beachtet die Schule Folgendes:

- Sie fördert die Chancengleichheit (Diversity) aller Geschlechter und leistet einen Beitrag zur tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann. Sie strebt eine angemessene Vertretung in Leitungsfunktionen und in Arbeits- und Projektgruppen an.
- Sie fördert die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen.
- Sie setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung ein, indem sie die Studierenden und Mitarbeitenden zum nachhaltigen Denken und Handeln sensibilisiert, sowie bezüglich Schulinfrastruktur, Betrieb und Verkehr im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf nachhaltige Lösungen achtet.

8 Infrastruktur

8.1 Gebäude

Die Schule beschafft die für den Schulbetrieb erforderlichen Räumlichkeiten. Werden die Räumlichkeiten weitervermietet, hat dies zu marktüblichen Preisen und kostendeckend zu erfolgen. In diesem Fall ist vorgängig die Zustimmung der kantonalen Behörden einzuholen. Die Kosten sind Bestandteil der Berechnung des kantonalen Finanzierungsbeitrags.

8.2 Informatik

8.2.1 Betrieb der Informatik

Die Informatik wird in der Verantwortung der Schule betrieben. Die dafür vorgesehenen Betriebskosten sowie allfällige Ersatz- / Neuinvestitionen sind separat auszuweisen und werden bei der Berechnung des kantonalen Finanzierungsbeitrags berücksichtigt.

Die Anforderungen an die Informatik müssen sich an den zu erbringenden Leistungen sowie an den Marktentwicklungen orientieren.

8.2.2 Datensicherheit und Datenschutz

Die Schule ist für die Datensicherheit und den Datenschutz zuständig. Die gesetzlichen Bestimmungen sind einzuhalten.

8.3 Anlagen / Geräte und Mobiliar

8.3.1 Abschreibungen

Die Abschreibungen werden nach buchhalterischen Richtlinien und branchenüblichen Grundsätzen getätigt.

8.3.2 Ersatz- und Neuanschaffungen

Die Ersatz- und Neuanschaffung von Anlagen, Geräten und Mobilien liegt in der Verantwortung der Schule. Die Finanzierung ist durch den pauschalen Finanzierungsbeitrag der Kantone sicherzustellen.

8.4 Vergabe von Aufträgen

Die Schule ist verpflichtet, bei sämtlichen Beschaffungsaufträgen (Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge) die Vorgaben für die Vergabe von öffentlichen Beschaffungsaufträgen (insbesondere die Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) sowie das kantonale Gesetz und die kantonale Verordnung über öffentliche Beschaffungen) zu berücksichtigen.

9 Finanzen

9.1 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Schule dauert jeweils vom 1. Januar bis 31. Dezember.

9.2 Finanzierungsbeitrag der Kantone

9.2.1 Jährlicher Pauschalbeitrag

Die Kantone Solothurn und Bern richten der Schule einen jährlichen pauschalen Finanzierungsbeitrag aus.

9.2.2 Berechnung des kantonalen Pauschalbeitrags

Die Pauschalfinanzierung basiert auf der Planerfolgsrechnung 2024–2027 vom 29.11.2022. Darin sind die Schulgebühren sowie die Planklassen und Planstudierendenzahlen, aufgeteilt nach Wohnsitzkanton und Studienmodell Vollzeit und Teilzeit, enthalten. Die Führung zusätzlicher Klassen muss durch die Kantone Solothurn und Bern bewilligt werden.

Im Einzelnen werden gemäss der Interkantonalen Vereinbarung zwischen dem Kanton Bern und dem Kanton Solothurn betreffend Höhere Fachschule für Technik Mittelland (HFTM-AG) vom 18. Januar bzw. 2. Juli 2012 die folgenden Kriterien zur Berechnung des Pauschalbeitrags berücksichtigt:

- die Anzahl Studierende nach Studienart (Vollzeit / Teilzeit);
- der stipendienrechtliche Wohnsitz gemäss der Interkantonalen Vereinbarung über die Höheren Fachschulen (HFSV) zum Zeitpunkt des Eintritts;
- die Nettokosten je Kostenträger (Vollzeit / Teilzeit) gemäss Planerfolgsrechnung 2024–2027 der HFTM AG. Die Nettokosten ergeben sich anhand der Aufwandsminus der Ertragspositionen, die in direktem Zusammenhang mit der Leistungserbringung gemäss Leistungsvertrag anfallen.

Der kantonale Pauschalbeitrag für den Kanton Solothurn ergibt sich damit aus der Summe der nachfolgenden Ergebnisse:

- kantonaler Pauschalbeitrag für Vollzeit-Studien = Anzahl Vollzeit-Studierende mit Wohnsitz im Kanton Solothurn multipliziert mit den Nettokosten für das Vollzeitstudium;
- kantonaler Pauschalbeitrag für Teilzeit-Studien = Anzahl Teilzeit-Studierende mit Wohnsitz im Kanton Solothurn multipliziert mit den Nettokosten für das Teilzeitstudium.

9.2.3 Verwendung der kantonalen Beiträge

Entspricht die Verwendung der kantonalen Beiträge nicht den Vereinbarungen des Übertragungs- sowie Leistungsvertrags, gehen die entsprechenden Aufwendungen zu Lasten der Trägerschaft der Schule und sind dem Kanton zurückzuerstatten.

9.2.4 Stichtage zur Auszahlung des kantonalen Beitrags

Der kantonale Beitrag wird halbjährlich, jeweils per 1. Januar und 1. Juli ausbezahlt.

9.3 Grundsätze zur Rechnungslegung

9.3.1 Anforderungen

Die Schule trifft in ihrem Zuständigkeitsbereich alle notwendigen organisatorischen Massnahmen in der Form eines internen Kontrollsystems, um eine ordnungsgemässe Rechnungslegung zu gewährleisten und die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu sichern.

Die Schule führt neben der Finanzbuchhaltung eine Kosten- und Leistungsrechnung. Als Kostenträger sind minimal die Studienarten (Vollzeitstudien / Teilzeitstudien) sowie übrige Dienstleistungen, die nicht Gegenstand der Leistungsvereinbarung sind, zu unterscheiden.

Die Schule verpflichtet sich, auf Verlangen der zuständigen kantonalen Ämter, bei kantonalen und nationalen Datenerhebungen mitzuwirken.

9.3.2 Revision und Einsicht

Die Rechnung wird durch eine von der Generalversammlung der Schule gewählte Treuhandstelle revidiert, welche Mitglied des Expertenverbands für Wirtschaftsprüfung, Steuern und Treuhand (EXPERTsuisse) ist oder einen vergleichbaren Qualifikationsnachweis erbringen kann. Gegenstand der Prüfung ist neben der Finanzplanung die rollende Planerfolgsrechnung gemäss Übertragungsvertrag sowie die Leistungen gegenüber Dritten. Nach Vorliegen des Revisionsberichts werden die Amtsleitungen über das Ergebnis informiert.

Den Amtsleitungen bzw. den zuständigen kantonalen Ämtern steht ein Einsichtsrecht in die Buchführung offen. Die Amtsleitungen stimmen sich vor der Einsichtnahme untereinander ab.

9.3.3 Reserven und Rückstellungen

Die Aktiengesellschaft kann innerhalb der gesetzlichen Vorschriften Reserven und Rückstellungen bilden. Zusätzlich kann die Schule eine zweckgebundene Schwankungsreserve bilden. Diese hat zwei Zwecke:

- Ausgleich von Schwankungen bei den Studierendenzahlen und somit dem Ausgleich von Mehraufwänden gegenüber der Planerfolgsrechnung.
- Ausgleich von periodenverschobenen Abschreibungen aus aktivierten Investitionen. (Durch die Aktivierung von Investitionen entsprechend dem Abschreibungsreglement resultiert ein „unechter“ Gewinn, der in den Folgejahren entsprechend dem Abschreibungsreglement für die Abschreibungsaufwände verwendet werden muss.)

Die zweckgebundene Schwankungsreserve beträgt mindestens CHF 300'000 und maximal CHF 1'000'000. Die Schule kann der zweckgebundenen Schwankungsreserve bei einem allfälligen Gewinn jährlich max. CHF 200'000 zuweisen. Die Reservezuweisung erfolgt mit dem Gewinnverwendungsbeschluss durch die Generalversammlung der Aktiengesellschaft. Ebenso ist eine allfällige Reserveentnahme nur für die definierten Zwecke und nur durch einen Beschluss der Generalversammlung möglich.

Resultiert nach Zuweisung des jährlichen Maximalbetrags von CHF 200'000 noch ein Gewinn, wird dieser den Kantonen Solothurn und Bern entsprechend dem Finanzierungsschlüssel zurückerstattet. Es erfolgt kein Gewinnvortrag aus dem Abschluss des Geschäftsjahres. Sinkt der Saldo der Schwankungsreserve jedoch unter CHF 600'000, darf der gesamte Gewinn der Schwankungsreserve zugewiesen werden.

Sobald die Schwankungsreserve den Maximalbetrag von CHF 1'000'000 erreicht hat, ist ein allfälliger Gewinn den Kantonen Solothurn und Bern entsprechend dem Finanzierungsschlüssel zurückzuerstatten.

Unterschreitet die Schwankungsreserve den Minimalbetrag von CHF 300'000, erfolgt eine Beurteilung der finanziellen Situation der Schule zusammen mit den Kantonen Solothurn und Bern, und es werden entsprechende Massnahmen durch die Kantone geprüft.

9.4 Hinweise zu Ertragspositionen

9.4.1 Studiengebühren

Die Schule ist für die Gebührenordnung verantwortlich.

Die aktuellen Studiengebühren werden in der Planerfolgsrechnung festgelegt. Sie sind bei der Berechnung des kantonalen Finanzierungsbeitrags zu berücksichtigen. Nachträgliche Änderungen sind den Kantonen zur Genehmigung vorzulegen.

Die Studiengebühren haben sich am Durchschnitt derjenigen Gebühren zu orientieren, welche an anderen höheren Fachschulen der Schweiz für vergleichbare Bildungsangebote verlangt werden.

9.4.2 Beiträge gemäss der Interkantonalen Vereinbarung über die höheren Fachschulen (HFSV)

Die Beiträge für Studierende mit Wohnsitz ausserhalb der Kantone Bern und Solothurn orientieren sich an der Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV).

Die Schule stellt die Beiträge für ausserkantonale Studierende gemäss HFSV dem entsprechenden Wohnsitzkanton des Studierenden in Rechnung.

Die Beiträge aus der HFSV sind bei der Berechnung des Finanzierungsbeitrags der Kantone zu berücksichtigen.

9.4.3 Verrechnung von Zusatzangeboten

Der Aufwand und die Erträge, die im Zusammenhang mit Leistungen gegenüber Dritten anfallen, sind durch die Schule separat auszuweisen. Dazu gehören im Allgemeinen Leistungen, die nicht im Leistungsvertrag geregelt sind, und im Speziellen Leistungen gegenüber der HFTM-HiTec GmbH.

Die Festlegung der Preise zur Verrechnung der Leistungen gegenüber Dritten liegt in der Verantwortung der Schule. Die Leistungen müssen mindestens zu kostendeckenden Preisen angeboten werden. Die Verrechnungssätze zwischen dem subventionierten und dem nicht subventionierten Geschäftsbereich sind von den Kantonen zu genehmigen.

9.4.4 Verkaufserlöse

Verkaufserlöse (u.a. Kopien, Skripte) sind bei der Berechnung des Finanzierungsbeitrags der Kantone anzurechnen.

9.4.5 Sponsoringbeiträge

Sponsoringbeiträge sind direkt / indirekt monetäre Beiträge von Dritten, die in Zusammenhang mit der Leistungserbringung gemäss Leistungsvertrag stehen.

- Direkt monetäre Beiträge von Dritten werden für einen bestimmten Zweck / Anlass geleistet (u. a. Sponsoring eines Messeauftritts).
- Indirekt monetäre Beiträge sind Beiträge von Dritten in Form von Preisreduktionen und Rabatten (u. a. bei Anschaffungen).

Die direkt / indirekt monetären Beiträge sind in der Berechnung des Finanzierungsbeitrags der Kantone zu berücksichtigen.

9.5 Hinweise zu Aufwandpositionen

9.5.1 Mehrwertsteuer

Die Abrechnung der Mehrwertsteuer orientiert sich an den gültigen gesetzlichen Regelungen.

9.5.2 Abschreibungen

Die Abschreibungen werden nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen und nach den Vorgaben der Rechnungslegung vorgenommen.

9.6 Investitionen

Als Investitionen werden Ersatz- oder Neuanschaffungen verstanden, welche gemäss den gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften sowie dem Abschreibungsreglement der Schule im Anlagevermögen aktiviert werden müssen.

Ersatz- oder Neuanschaffungen, welche zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme vollständig abgeschrieben werden, sind der laufenden Rechnung zu belasten.

Die geplanten Investitionen (Ersatz- / Neuanschaffungen) sind im Finanzplan festzuhalten und in der Berechnung des pauschalen Finanzierungsbeitrags zu berücksichtigen.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgt im Rahmen der pauschalen Finanzierungsbeiträge durch die beiden Kantone. Allfällige Zusatzfinanzierungen (z. B. für Mieterausbau) müssen separat bewilligt werden.

9.7 **Berichterstattung**

Die Berichterstattung wird von der Schule nach den Anforderungen der Kantone, des Verwaltungsrats (Schulrats) und der Schulleitung aufgebaut. Die Berichterstattung erfolgt jeweils per 31. Juli und muss mindestens die nachfolgenden Anforderungen der Kantone berücksichtigen bzw. Auswertungen erlauben:

- Bilanz, Erfolgsrechnung und Planerfolgsrechnung;
- Ergebnisse des Revisionsberichts;
- Ausblick Finanzplanung und rollende Planerfolgsrechnung;
- Beurteilung der Zielerreichung der Schule;
- Qualitätsmanagement (u. a. Ergebnisse aus Befragungen, durchgeführten Audits);
- Anzahl (effektive) Studierende nach Studium und Wohnsitzkanton (beim Eintritt);
- Soll- / Ist-Vergleich der Erträge und Aufwände im Zusammenhang mit Leistungen gemäss Leistungsvertrag.

Die Berichterstattung bildet die Grundlage für die Beurteilung der Einhaltung des Leistungsvertrags sowie zur Erneuerung des Vertrags nach dessen Ablauf.

Zusätzlich ist für die Aufnahme in den Geschäftsbericht des Kantons Solothurn die Anzahl (effektive) Studierenden nach Studium und Wohnsitzkanton (beim Eintritt) per 31.12. zu melden.

Die Vertragsparteien führen periodisch, mindestens im Hinblick auf eine Vertragserneuerung, ein Gespräch zur Standortbestimmung sowie zur Festlegung und Abstimmung der Strategien und Ziele durch.

10 **Datum und Unterschrift**

Solothurn, _____

Departement für Bildung und Kultur

Dr. Remo Ankli
Departementsvorsteher

Grenchen, _____

Höhere Fachschule für Technik
Mittelland AG

Erwin Fischer
Verwaltungsratspräsident

Michael Benker
Direktor